

## **Brandbrief: Keine Einsparungen auf Kosten der Sicherheit**

**In einem Brandbrief an die Bundestagsabgeordneten haben BDZ, BDK, bgv, DBwV, GdP, VBB und VBOB aufgezeigt, welche gravierenden Folgen von den drohenden Haushaltseinsparungen für die Sicherheit ausgehen. Mit ihrer Zustimmung zu den Sparbeschlüssen der Bundesregierung entscheiden die Parlamentarier auch über die Leistungsfähigkeit der Sicherheitsbehörden des Bundes.**

Im Rahmen des Sparpakets ist unter anderem geplant, bis zum Jahr 2014 bis zu 15 000 Stellen im öffentlichen Dienst des Bundes einzusparen. Das trifft mit Zoll, Bundespolizei und Bundeskriminalamt ganz konkret auch die Innere Sicherheit. Im Bereich des Zolls sind hohe Einnahmeverluste sowie beträchtliche Folgekosten der Zoll- und Wirtschaftskriminalität zu befürchten.

Die Liste der Sparopfer, die den Beamtinnen und Beamten des Bundes auferlegt wurde ist lang und könnte fortgesetzt werden:

- Streichung des Urlaubsgeldes
- zeitlich befristete Kürzung der Sonderzahlung („Weihnachtsgeld“)
- zweimalige Erhöhung der Arbeitszeit

Die Kolleginnen und Kollegen haben damit einen erheblichen Beitrag zur Konsolidierung der Staatsfinanzen im Umfang von etwa acht Milliarden Euro geleistet.

Es galt stets die Zusage von Bundesregierung und Bundestag, dass diese Kürzung der Sonderzahlung auf fünf Jahre befristet werde. Diese Zusage soll nun einseitig zurückgenommen werden. Dieser Vorgang stellt nicht nur den Verzicht auf eine geplante Erhöhung um 2,44 Prozent, sondern einen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland noch nicht da gewesenen Vertrauensverlust dar. Hinzu kommt, dass mehrheitlich Beamtinnen und Beamten der unteren Besoldungsgruppen bis A 8 betroffen sind.

Die Unterzeichner, darunter BDZ-Bundesvorsitzender Klaus H. Leprich, betonen in ihrem Brandbrief, es sei Teil der Verantwortung der Bundestagsabgeordneten, das in den vergangenen Jahren auf eine harte Probe gestellte Vertrauensverhältnis zwischen Politik und Beschäftigten des Bundes nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Die Gewerkschaften appellieren an die Politik: "Setzen Sie sich dafür ein, dass nicht auf Kosten der Beamtinnen und Beamten, Soldatinnen und Soldaten und bei der inneren und äußeren Sicherheit gespart wird."

Berlin, 15. Juli 2010

**19**